BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION

GLOBALE GERECHTIGKEIT

UNS GEHT'S UMS GANZE

Shangilia ist ein Heim mit Schule, Freizeit- und Kulturangeboten für Straßenkinder in Nairobi. Eine Attraktion ist der von skateaid gestiftete Skatepark. Alles in Shangilia zielt auf Nachhaltigkeit: die Energiegewinnung, die Wasseraufbereitung und Lebensmittel aus einem Permakulturgarten sowie das ganzheitliche Erziehungskonzept. Unter anderem mithilfe von Sport und Kreativität sollen die Kinder die Stärke für ein selbstständiges Leben entwickeln.
Foto: Natalia Jidovanu/Redux/laif

Globale Gerechtigkeit braucht:

DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE *Transformation*

Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Frieden und Würde. Ein Ziel, das wir nur gemeinsam und mit einer weltweiten „sozial-ökologischen Transformation“ erreichen können.

Dazu müssen wir die Menschenrechte durchsetzen, Armut und Ungleichheit verringern und Demokratie fördern. Unabdingbar sind ein wirksamer Klimaschutz sowie der Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt auf unserer Erde.

EINE FRAGE DES *POLITISCHEN WILLENS*

Wir Grüne im Bundestag machen uns für eine nachhaltige Entwicklung auf Grundlage der Menschenrechte stark. Globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden sind eng miteinander verbunden. Darum setzen wir uns für eine globale Entwicklung ein, die das Wohlergehen der Menschen und ökologische Nachhaltigkeit verknüpft. Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel, um faire Chancen für alle zu schaffen und sie im Einklang mit der Natur zu nutzen. Es hängt vom politischen Willen ab, ob sie davon Gebrauch macht.

Viele selbst geschaffene Probleme gilt es dabei zu überwinden: Unser Wirtschafts- und Wachstumsmodell stößt an planetare Grenzen. Hunger, Armut und wachsende Ungleichheit, Kriege und die Klimakrise zerstören menschenwürdige Lebensbedingungen. Millionen Menschen sind gezwungen zu fliehen. Verschuldung, Korruption und ein ungerechtes Welthandelssystem verschlimmern die Lage. Je länger wir warten, desto schwerer wird die Erblast für künftige Generationen. Hinzu kommt die Corona-Pandemie; sie verschärft die globalen Krisen. Beim Neubau oder Wiederaufbau von Strukturen, die die Pandemie zerstört hat, muss die Weltgemeinschaft die Chance nutzen, es besser zu machen.

Foto: REUTERS/Benoit Tessier

DIE NACHHALTIGKEITSZIELE UND DAS PARISER KLIMAABKOMMEN

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie dem Klimaabkommen von Paris hat die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 einen Aufbruch mit klaren Zielen versprochen: Hunger und Armut weltweit zu beenden, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu wirtschaften, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben – und zwar in allen Ländern, unabhängig von ihrer sozioökonomischen Lage.

Die beiden Abkommen sind neben den grundlegenden Menschenrechten der zentrale Orientierungsrahmen für grüne Entwicklungspolitik. Sie sind die Richtschnur einer weltweit notwendigen sozial-ökologischen Transformation, die sofort beginnen kann und muss. Unser Wohlstand darf nicht länger auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen – insbesondere in Ländern des Globalen Südens – aufbauen. Wir müssen zu einer Wirtschaftsweise kommen, die unsere Lebensgrundlagen erhält, Ungleichheit verringert sowie Ressourcen gerechter verteilt. Das Klimaschutzgesetz oder das Lieferkettengesetz sind erste wichtige Schritte in diese Richtung.

DIE 17 GLOBALEN NACHHALTIGKEITSZIELE DER UN

FEHLGELENKTER WELTHANDEL:

FOLGEN FÜR NACHHALTIGKEIT, KLIMA UND MENSCHENRECHTE PRÜFEN

Für Sojaanbeu gerodeter Regenwald in Porto Velho, Brasilien. Foto: Victor Moriyama/nyt/redux/laif

In der globalisierten Welt gibt es keine Inseln. Jede nationale Entscheidung wirkt sich auch international aus. Wenn zum Beispiel die EU Agrarprodukte zu subventionierten Preisen exportiert, dann haben Bäuerinnen und Bauern im Globalen Süden den Schaden: Mit den künstlich niedrig gehaltenen Weltmarktpreisen können ihre lokal erzeugten Produkte nicht mithalten. Anders herum werden zum Beispiel in Südamerika für unseren Fleischkonsum Regenwälder gerodet oder Flächen zum Anbau des Futtermittels Soja genutzt statt für die Ernährung der lokalen Bevölkerung. Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die zeigen, wie fehlgelenkter Welthandel die Chance zu nachhaltiger Entwicklung untergräbt.

Deutschland als wichtige Wirtschaftsnation trägt hier eine besondere Verantwortung.

Doch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt diese Widersprüche noch immer ungenügend. Wir Grüne im Bundestag fordern einen Paradigmenwechsel. Insbesondere in der Wirtschafts-, Agrar-, Migrations- und Finanzpolitik wollen wir die Weichen neu stellen.

Deutschland steht in der Pflicht, die Folgen seines Regierungshandelns für Nachhaltigkeit, Klima und Menschenrechte von Anfang an mitzudenken. Jedes Gesetz und jedes Förderprogramm muss mit den SDGs und dem Pariser Klimaabkommen übereinstimmen und vorab daraufhin geprüft werden. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – heute noch ein zahnloser Tiger – kann zu einem ambitionierten und wirkungsmächtigen Instrument umgebaut werden. Auch der Bundeshaushalt soll sich an den SDGs messen lassen.

Demonstration für das Recht auf Abtreibung, Dezember 2020, Argentinien. Foto: Agustin Marcarian/Reuters

Geschlechtergerechtigkeit IST DER SCHLÜSSEL

Mit dem Aufstieg der Schwellenländer ist die Aufteilung der Welt in den reichen Norden und den armen Süden überholt. Stattdessen öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb vieler Länder. So leben zwei Drittel der Ärmsten heute in Ländern mit mittlerem Einkommen. Zudem macht die Corona-Pandemie bereits erzielte Entwicklungserfolge wieder zunichte. Die ärmsten Länder, insbesondere fragile Staaten, drohen im Elend zu verharren. Darauf hat auch die Entwicklungspolitik zu reagieren. Sie muss sowohl ihr Selbstverständnis als auch ihre Instrumente anpassen. Strukturen, die eine gerechte und nachhaltige Entwicklung behindern, gilt es aufzubrechen.

Auch deshalb ist der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit integraler Bestandteil grüner Entwicklungspolitik. Dass Mädchen und Frauen in besonderem Maße von Ausgrenzung, Ausbeutung und Armut betroffen sind, ist nicht nur ungerecht. Es blockiert darüber hinaus die Entwicklungschancen vieler Länder insgesamt. Feministische Strukturpolitik öffnet daher auch die Türen für eine sozial-ökologische Transformation.

Entwicklungspolitik soll zugleich darauf abzielen, globale öffentliche Güter wie das Klima oder die Artenvielfalt zu erhalten. Entwicklungszusammenarbeit wird damit noch stärker zu einer internationalen Kooperation für Klimagerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung. Dazu gehört auch, die multilaterale und die europäische Entwicklungszusammenarbeit zu stärken und zu reformieren.

KLIMAGERECHTIGKEIT IM GLOBALEN SÜDEN

Die Klimakrise trifft den Globalen Süden am härtesten – und damit jene Regionen, die historisch am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Deutschland und andere Industriestaaten als wesentliche Verursacher der Klimakrise stehen moralisch und völkerrechtlich in der Pflicht, Länder des Globalen Südens bei Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen. Das gilt nicht nur für die Zukunft, sondern auch für den Ausgleich bereits eingetretener Verluste und Schäden. Beispielsweise hat sich in den letzten Jahrzehnten die Wüstenbildung in der Sahelzone beschleunigt, mit schwerwiegenden Folgen für die Menschen dort.

Um das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, liegen noch enorme Anstrengungen vor uns. So müssen Lücken im Regelbuch des Abkommens geschlossen werden. Insbesondere Rechenschiebereien wie eine doppelte Anrechnung eingesparter Emissionen gilt es zu verhindern. Politik wollen wir auf allen Ebenen so gestalten, dass sie die Ziele des Pariser Abkommens fördert und nicht behindert. Entwicklungsbanken und andere Akteure müssen ihre Investitionen Paris-konform gestalten, dürfen also keine fossilen Energien oder klimaschädlichen Großprojekte mehr fördern.

Bei allen Klimaschutzmaßnahmen wollen wir sicherstellen, dass sie nicht auf Kosten der lokalen und indigenen Bevölkerung gehen. Klimaschutz und Menschenrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Partnerschaften für Klimagerechtigkeit im Globalen Süden ausbauen. Sie reichen von Waldschutz bis hin zu gemeinwohlorientierten Klimarisikoversicherungen. Sie können auch die Plattform für offene, selbstbestimmte Debatten und Verhandlungen über klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung werden.

DIE LIEFERKETTE IM BLICK

Auf der grünen Agenda steht ein Lieferkettengesetz, um Ausbeutung und Umweltzerstörung in den globalisierten Lieferketten wirksam zu stoppen. Wir Grüne im Bundestag wollen kein Alibigesetz. Wir wollen dafür sorgen, dass Unternehmen Umweltstandards und Menschenrechte in den Produktions- und Abbauländern selbst einhalten und sie entlang der ganzen Lieferkette durchsetzen.

Ohne gesetzlichen Rahmen wird das nicht gehen. Er schafft Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen und verhindert, dass Unternehmen aus der Verletzung von Menschenrechten und Umweltzerstörung Nutzen ziehen können. In ihren internationalen Lieferketten haben Unternehmen gesetzlich verankerte Sorgfaltspflichten zu erfüllen und für umfassende Transparenz zu sorgen. Opfer von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Klagemöglichkeiten und es soll wirksame Sanktionen geben. Zusätzlich braucht es auch auf UN- und EU-Ebene verbindliche Regeln für den Schutz von Mensch und Umwelt in der globalisierten Wirtschaft.

Foto: Shutterstock/REUTERS/Susana Vera

STEUERGERECHTIGKEIT SCHAFFEN – SCHULDENKRISE LÖSEN

Ländern des Globalen Südens entgehen hunderte Milliarden an Steuereinnahmen durch Steuervermeidungstricks von Unternehmen. Wir setzen uns daher für den steuerpolitischen Grundsatz ein, der die Besteuerung der Wertschöpfung in dem Land verlangt, in dem sie entstanden ist. Transnationale Unternehmen sollten grundsätzlich als eine wirtschaftliche Einheit besteuert werden – Stichwort: unitary taxation –, denn nur so lässt sich Steuervermeidung bekämpfen. Darüber hinaus muss die Staatengemeinschaft entschlossener gegen Steuersümpfe, Steuervermeidung und Geldwäsche vorgehen. Für überschuldete Staaten soll bei den Vereinten Nationen ein rechtlich verbindliches Verfahren zur Restrukturierung aller Schulden bei Staaten und privaten Gläubiger*innen etabliert werden. Nur so kann die Schuldenkrise – die durch Corona noch verstärkt wird – überwunden werden.

Gleichzeitig geht es darum, mehr Transparenz zu schaffen und Korruption einzudämmen sowie Vermögen gerechter zu verteilen. Das Vermögen der Superreichen konzentriert sich zunehmend auf einige wenige: Acht Männer verfügen inzwischen über mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung. Es braucht eine Finanztransaktionssteuer, deren Einnahmen zu großen Teilen den Ärmsten zugutekommen.

FAIRER WELTHANDEL

Eine gerechte Handels- und Investitionspolitik ist ein zentraler Baustein für eine faire und nachhaltige globale Strukturpolitik. Die zwischen der EU und einer Reihe afrikanischer Staaten ausgehandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) stehen dazu im Widerspruch. Deshalb wollen wir die EPAs stoppen. In den Handelsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens setzen wir auf eine asymmetrische Marktöffnung. Ländern des Globalen Südens muss genügend Raum gelassen werden, eine selbstbestimmte wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten – etwa durch Zölle und Quoten, mit denen sie ihre Märkte schützen, um den Aufbau heimischer Industrien und Wertschöpfung vor Ort zu fördern. Regionale Wertschöpfung, regionalen Handel und Integration wie die afrikanische Freihandelszone gilt es zu befördern. Aber auch der zertifizierte Faire Handel bedarf besonderer Förderung, beispielsweise durch die Abschaffung der deutschen Kaffeesteuer auf fair gehandelten Kaffee.

Wir dringen darauf, dass in den reformierten Abkommen die völkerrechtlich verbrieften Menschenrechte und Umweltstandards verbindlich verankert werden. Alle Vertragsparteien haben die Menschenrechte zu achten und dürfen nicht dabei behindert werden, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen. Der Pariser Klimavertrag soll als „essential element“ in Handelsabkommen verankert werden. Um Mensch und Natur zu schützen, wird auch das Vorsorgeprinzip rechtssicher in den Verträgen festzuschreiben sein. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss durch klare Ausnahmen vor Liberalisierungszwang geschützt werden. Länder des Globalen Südens brauchen mehr Wertschöpfung vor Ort. Dazu sollen sie bei der Herstellung und dem Export verarbeiteter Produkte unterstützt werden.

Die Außenwirtschaftsförderung wie auch die Entwicklungsfinanzierung durch Entwicklungsbanken sind klimagerecht zu gestalten und an Öko- und Sozialstandards auszurichten.

Jamila Afghani, 45 Jahre alt, arbeitet mit Medica Afghanistan und der Women's International League for Peace and Freedom zusammen. Bekannt wurde sie jüngst als eine der wenigen Frauen, die in den Friedensgesprächen mit den Taliban zugelassen waren. Sie hofft, sagt sie, dass die Taliban den Frauen die Rechte, die sie sich bereits überall im Land erobern konnten, zugestehen werden.

Foto: picture alliance

Ohne Frieden keine Gerechtigkeit

Wo Krieg herrscht oder Staaten fragil sind, hat Armutsbekämpfung einen schweren Stand. Auch deshalb ist es so wichtig, Friedensprozesse zu unterstützen und die zivile Krisenprävention auszubauen. Die EU und die Vereinten Nationen sind dabei unsere Partner. Multilaterale Fonds sollen die Mittel verschiedener Geber für konfliktbetroffene Staaten zusammenführen.

Deutschland sollte seine Handlungsfähigkeit beim Aufbau ziviler Strukturen weiter verstärken. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung im Bereich der Friedensförderung und zivilen Krisenprävention verbessern. Gelder, auf die mehrere Ministerien nur gemeinsam zugreifen können, sollen zu mehr Kooperation zwischen den Ressorts motivieren.

Den Frauen kommt eine zentrale Rolle bei der Prävention und der Lösung von Konflikten sowie beim Wiederaufbau zu. Sie müssen stärker als bisher wahrgenommen und gefördert werden.

Bei der Unterstützung von Friedensprozessen ist es immer wieder notwendig, schnell, flexibel und großzügig humanitäre Hilfe zu leisten. Um nachhaltig zu wirken, muss sie gut mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt sein.

RECHT AUF NAHRUNG UMSETZEN – AGRARÖKOLOGIE STÄRKEN

Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Doch im Kampf gegen den Hunger versagt die Welt noch immer. Obwohl weltweit ausreichend Nahrungsmittel produziert werden, leiden mehr als 800 Millionen Menschen Hunger – Tendenz steigend. Zwei Milliarden, fast jeder fünfte Mensch, sind mangelernährt. Die Corona-Krise macht es noch schlimmer.

Nach wie vor fördert die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit auch die industrielle, exportorientierte Landwirtschaft. Sie ist jedoch nicht die Lösung, sondern vielerorts eine Ursache des Hungerproblems. Wir brauchen eine globale Agrarwende und weltweit eine agrarökologische Landwirtschaft. Sie wird Perspektiven für die ländliche Bevölkerung schaffen, Ressourcen und Biodiversität schützen. Diese Form der Landwirtschaft ist auch widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise. Ökolandbau bringt mehr Wertschöpfung vor Ort, bekämpft den Hunger und ist besser geeignet, mit regionaler und lokaler Versorgung die Ernährungssouveränität in den Städten zu stärken.

Besonders wichtig ist auch, das Recht auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut zu sichern. Derzeit ist der Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkt in der Hand weniger Konzerne. Diese Machtkonzentration entzieht der auf Selbstversorgung ausgerichteten Landwirtschaft eine wesentliche Grundlage. Wir fordern zudem ein Exportverbot für hochgiftige Pestizide, die in der EU als gesundheits- und umweltschädlich gelten und hier längst verboten sind.

Verkäufer an einem Obststand. Marktplatz in Georgetown, Guyana, Südamerika. Foto: dpa/imageBroker/Heine

Durch industrielle, exportorientierte Landwirtschaft bleibt vielerorts nicht genug zum Essen für die eigene Bevölkerung.

WIR BRAUCHEN EINE GLOBALE AGRARWENDE.

Foto: Kate Holt/eyevine/laif

GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERHEIT SIND MENSCHENRECHTE

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig funktionierende Gesundheitssysteme weltweit sind. Verlässliche Gesundheitssysteme müssen für alle zugänglich sein, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.

Wir wollen 0,1 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich zur Verfügung stellen. Dazu erhöhen wir die freien Beiträge an die Weltgesundheitsorganisation und an andere internationale Fonds für Gesundheit und soziale Sicherung. Bilaterale Vorhaben mit unseren Partnerländern verstärken wir.

Weltweit leben drei Viertel aller Menschen ohne jegliche Absicherung im Krankheitsfall, ohne Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust, Unfälle und im Alter. Wir wollen allgemein zugängliche öffentliche Gesundheitssysteme sowie soziale Sicherungssysteme im Globalen Süden fördern. Dazu gehören auch gut ausgebildetes medizinisches Personal sowie eine ausreichende Versorgung mit Medikamenten und Mitteln der Basisgesundheit. Wichtig ist darüber hinaus der Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen zur Eindämmung von Infektionskrankheiten.

Foto: Suvra Kanti Das/laif

BILDUNG FÜR ALLE: FÖRDERUNG AUSBAUEN

Foto: Kathrin Harms/laif

Bildung ist essenziell, um Armut und soziale Ungleichheit zu überwinden. Sie ist die Voraussetzung für eine gerechte Entwicklung weltweit. 264 Millionen Kindern und Jugendlichen, die weltweit nicht zur Schule gehen können, bleibt dieses Menschenrecht verwehrt. In besonderem Maße leiden Kinder in Krisen- und Konfliktgebieten darunter. Mädchen sind überproportional von Bildungsmangel betroffen – ein Hemmschuh für den weltweiten Aufbau geschlechtergerechter Gesellschaften. Wir wollen deshalb in der Entwicklungszusammenarbeit einen Schwerpunkt auf die finanzielle Absicherung und die Förderung frühkindlicher Bildung und Grundbildung legen. Ein besonderes Augenmerk muss den Bedürfnissen von Mädchen gelten. In allen entwicklungsrelevanten Kontexten wollen wir verstärkt Bildungsprojekte ausbauen und öffentliche Bildungseinrichtungen fördern.

Auch das UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zielt auf gesellschaftliche Transformation. Zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit zu globalen Themen ist dabei systemischer Bestandteil zeitgemäßer Entwicklungspolitik. Diese Bildungsarbeit ist der Schlüssel, um globale Zusammenhänge zu erfahren, Umdenkprozesse und die Entwicklung nachhaltiger Lösungsansätze im eigenen Land anzustoßen. Wir wollen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland daher deutlich verstärken, als elementare Wissensarbeit für eine nachhaltige globale Entwicklung.

FRAUEN UND MÄDCHEN IN DEN FOKUS

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht und globales Nachhaltigkeitsziel. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. Denn 70 Prozent der Ärmsten und zwei Drittel der Analphabet*innen weltweit sind weiblich. Frauen sind vielfach Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Von politischen Entscheidungen sind sie zu oft ausgeschlossen. Den politischen Einfluss und die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen weltweit zu sichern, muss daher zur Priorität werden. Gerade bei der Lösung gewaltsamer Konflikte kommt Frauen eine wichtige Rolle als Friedensstifterinnen zu. Wir Grüne im Bundestag wollen Geschlechtergerechtigkeit breit verankern. Die Bedürfnisse und Belange von Frauen und Mädchen müssen stärker zu ihrem Recht kommen. Alle Programme der Entwicklungszusammenarbeit – von Bildung über Gesundheit bis zur Landwirtschaft – sollen diesen Anspruch besonders berücksichtigen. Zudem sollen zehn Prozent aller Vorhaben vorrangig Geschlechtergerechtigkeit fördern.

Foto: Seamus Murphy/VII/Redux/laif

BEZIEHUNGEN DEKOLONIALISIEREN, DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Der deutsche Kolonialismus und damit verbundene Verbrechen wurden bis heute nicht umfassend anerkannt und aufgearbeitet. Das dadurch entstandene unermessliche Leid lässt sich nicht wiedergutmachen. Uns geht es darum, Verantwortung für das begangene Unrecht zu übernehmen, denn bis heute wirken koloniales Denken und koloniale Strukturen in Deutschland wie in Ländern des Globalen Südens nach. Wir als grüne Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass der Kolonialismus kritisch aufgearbeitet wird und die trans- und internationalen Beziehungen in entschiedenen Schritten dekolonialisiert werden. Partnerorientierte Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Strukturpolitik bedingen sich gegenseitig. Solange gerechte Strukturen fehlen, braucht es weiterhin beide Ansätze und die umfassende Unterstützung transformativer Bewegungen.

Gute Regierungsführung ist der Schlüssel für Gerechtigkeit. Korruption hemmt Entwicklung und verschärft soziale Gegensätze.

Regierungen müssen sich daher zu Transparenz bekennen, Budgets und Zahlungsströme offenlegen, um die demokratische Kontrolle der Staatsausgaben zu ermöglichen. Doch der Demokratie bläst weltweit ein scharfer Wind entgegen. Zivilgesellschaft, Presse, Opposition und Justiz werden zunehmend bedrängt, kriminalisiert und verfolgt. Vielerorts gibt es regelrechte Anti-NGO-Gesetze. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für Menschen ein, die für Partizipation und die Wahrnehmung ihrer Rechte eintreten. Organisationen für Demokratie, Frieden, Umwelt und eine gerechtere Globalisierung müssen gefördert und Minderheiten geschützt werden. Erhöhte Vorsicht ist in der Zusammenarbeit mit autoritär regierten Ländern geboten, besonders wenn es um Kooperation im regierungsnahen Bereich geht.

Wo Regierungen gegen die eigene Bevölkerung vorgehen, geben wir der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft den Vorrang.

Foto: Michaela Ellguth/Geisler-Fotopress/dpa

Wir als grüne Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass der Kolonialismus kritisch aufgearbeitet wird und die trans- und internationalen Beziehungen in entschiedenen Schritten dekolonialisiert werden.

Foto: Szulc-Krzyzanowski/Hollandse Hoogte/laif

MEHR GELD FÜR ENTWICKLUNG UND KLIMASCHUTZ

Seit langem fordert die grüne Bundestagsfraktion, dass Deutschland sich in der Entwicklungszusammenarbeit finanziell verlässlich engagiert. Das Minimum ist, die internationalen Finanzzusagen für Entwicklung und Klimaschutz tatsächlich einzuhalten. Die Bundesregierung und die EU-Staaten haben sich schon vor über fünfzig Jahren verpflichtet, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklung auszugeben. Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise ist die Verlässlichkeit dieser Zusage umso dringlicher. Gleichwohl darf das 0,7-Prozent-Ziel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) keine Obergrenze sein und muss im Bedarfsfall angeglichen werden. Um diese Verpflichtung bis 2025 endlich dauerhaft zu erfüllen, muss Deutschland jährlich 1,2 Milliarden Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufbringen. Weitere 800 Millionen Euro soll unser Land bereitstellen, um den internationalen Klimaschutz zu finanzieren sowie Verluste und Schäden durch den Klimawandel auszugleichen und die Maßnahmen zur Klimaanpassung zu unterstützen.

Zugleich müssen diese Gelder helfen, die Armut zu bekämpfen. Die Hälfte der Gelder soll den ärmsten und fragilen Ländern zugutekommen, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Rechentricks verbieten sich: Kosten für Geflüchtete im Inland sowie Ausgaben für Militär und Grenzschutz dürfen nicht als Entwicklungsgelder zählen. Eine Umschichtung aus Entwicklungstöpfen für diese Zwecke oder auch die Doppelanrechnung von Klimageldern lehnen wir ab.

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- gruene-bundestag.de » Themen » Entwicklungspolitik
- Newsletter „Internationale Politik und Menschenrechte“: » gruene-bundestag.de » News » Newsletter-Registrierung

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

19/20789 Schuldenerlass statt Schuldenfalle (Antrag)
19/19496 Globale Gesundheit: Gesundheitssysteme und Grundversorgung nicht vernachlässigen (Antrag)
19/16496 Ernährungssouveränität im Globalen Süden (Antrag)
19/16061 Lieferkettengesetz (Antrag)
19/15781 Klimabedingte Migration (Antrag)
19/11149 Die Agenda 2030 als Maßstab (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4
Internationale Politik und Menschenrechte
TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Titelfoto: Shutterstock, Stand: März 2021